

C5 Sterilisiert

Reichsgesetzblatt		
Teil I		
1933	Ausgegeben zu Berlin, den 25. Juli 1933	Nr. 86
Inhalt: Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses. Vom 14. Juli 1933. § 529		
Hälfte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Dienstbewirtschaftung. Vom 20. Juli 1933. § 531		
Verordnung über die Errichtung einer vorläufigen Filmkammer. Vom 22. Juli 1933. § 533		
Verordnung über Zolländerungen und Ausfuhrbeschränkungen. Vom 24. Juli 1933. § 533		
Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Aufhebung der im Kampf für die nationale Erhebung erlassenen Strafbefehle und sonstigen Maßregelungen. Vom 25. Juli 1933. § 535		

Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses. Vom 14. Juli 1933. Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird: § 1 (1) Wer erbkrank ist, kann durch chirurgischen Eingriff unfruchtbar gemacht (sterilisiert) werden, wenn nach den Erfahrungen der ärztlichen Wissenschaft mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, daß seine Nachkommen an schweren körperlichen oder geistigen Erbchäden leiden werden. (2) Erbkrank im Sinne dieses Gesetzes ist, wer an einer der folgenden Krankheiten leidet: 1. angeborenem Schwachsinne, 2. Schizophrenie, 3. zirkulärem (manisch-depressivem) Irresein, 4. erblicher Halluzinose, 5. erblichem Weistanz (Huntington'sche Chorea), 6. erblicher Blindheit, 7. erblicher Taubheit, 8. schwerer erblicher körperlicher Mißbildung. (3) Ferner kann unfruchtbar gemacht werden, wer an schwerem Alkoholismus leidet. § 2 (1) Antragsberechtigt ist derjenige, der unfruchtbar gemacht werden soll. Ist dieser geschäftsunfähig oder wegen Geisteschwäche entmündigt oder hat er das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet, so ist der gesetzliche Vertreter antragsberechtigt; er bedarf dazu der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts. In den übrigen Fällen beschränkter Geschäftsfähigkeit bedarf der Antrag der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters. Hat ein Volljähriger einen Pfleger für eine Person erhalten, so ist dessen Zustimmung erforderlich. (2) Dem Antrag ist eine Bescheinigung eines für das Deutsche Reich approbierten Arztes beizufügen, daß der Unfruchtbarzumachende über das Wesen und die Folgen der Unfruchtbarzumachung aufgeklärt worden ist. (3) Der Antrag kann zurückgenommen werden. § 3 Der Antrag kann zurückgenommen werden. 1. der beauftragte Arzt, 2. für die Auflassung einer Kranken-, Heil- oder Pflegeanstalt oder einer Strafanstalt der Anstaltsleiter. § 4 Der Antrag ist schriftlich oder zur Niederschrift der Geschäftsstelle des Erbgesundheitsgerichts zu stellen. Die dem Antrag zu Grunde liegenden Tatsachen sind durch ein ärztliches Gutachten oder auf andere Weise glaubhaft zu machen. Die Geschäftsstelle hat dem beauftragten Arzt von dem Antrag Kenntnis zu geben. § 5 Zuständig für die Entscheidung ist das Erbgesundheitsgericht, in dessen Bezirk der Unfruchtbarzumachende seinen allgemeinen Gerichtsstand hat. § 6 (1) Das Erbgesundheitsgericht ist ein Amtsgericht anzuschließen. Es besteht aus einem Richter als Vorsitzenden, einem beauftragten Arzt und einem weiteren für das Deutsche Reich approbierten Arzt, der mit der Erbgesundheitslehre besonders vertraut ist. Für jedes Mitglied ist ein Vertreter zu bestellen. (2) Als Vorsitzender ist ausgeschlossen, wer über einen Antrag auf vormundschaftsgerichtliche Genehmigung nach § 2 Abs. 1 entschieden hat. Hat ein beauftragter Arzt den Antrag gestellt, so kann er bei der Entscheidung nicht mitwirken.	
---	--

Reichsgesetzbl. 1933 I 146

1910

1933

1951

Ab 1933 war es laut dem „Gesetz zur Verhütung des erbkranken Nachwuchses“ in Deutschland legal, Männer und Frauen zwangsweise zu sterilisieren, die die Nationalsozialisten als unerwünschte Elemente der Gesellschaft betrachteten, wie geistig oder körperlich Behinderte, Angehörige angeblich „minderwertiger Rassen“ sowie so genannte „geborene Kriminelle.“ Zwischen 1933 und 1945 wurden mehr als 400.000 Personen gegen ihren Willen sterilisiert - darunter zahlreiche Roma und Sinti. Manche Männer und Frauen wurden sterilisiert und entgingen damit der Deportation in ein Konzentrationslager, andere wurden in den Lagern zwangsweise sterilisiert. Dieses Gesetz wurde erst 1988 aufgehoben und die Opfer wurden niemals entschädigt.

💡 Wusstet ihr

... dass ähnliche Gesetze auch in vielen anderen Ländern existierten, darunter in Schweden, Finnland, Norwegen, Dänemark, der Schweiz und in den USA? In manchen Ländern wurden Roma Frauen gegen ihren Willen bis in die 1970er Jahre sterilisiert.

✍ Eure Aufgabe

Findet heraus, in welchen Ländern noch immer zwangsweise Sterilisierungen durchgeführt werden. Dokumentiert aktuelle Fälle! Überlegt, was es für Menschen bedeutet, keine Kinder haben zu dürfen!

📷 Zum Foto

Eine vollständige Version des Gesetzestextes findet man in der Datenbank für historische Gesetzestexte der Österreichischen Nationalbibliothek ALEX unter <http://alex.onb.ac.at>



<https://www.romasintigenocide.eu/de/c>